

# Laibacher Zeitung.



Nr. 26.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Donnerstag, 31. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr., bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1884.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

## „Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerationspreis beträgt für die Zeit vom 1. Februar bis Ende März:

Mit Post unter Schleifen . . . . . 2 fl. 50 kr.  
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . . 2 " — "  
Im Comptoir abgeholt . . . . . 1 " 84 "

Vom 1. Februar bis Ende Juni:

Mit Post unter Schleifen . . . . . 6 fl. 25 kr.  
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . . 5 " — "  
Im Comptoir abgeholt . . . . . 4 " 59 "

Für einen Monat:

Mit Post unter Schleifen . . . . . 1 fl. 25 kr.  
Für Laibach ins Haus zugestellt . . . . . 1 " — "  
Im Comptoir abgeholt . . . . . — " 92 "

## Amtlicher Theil.

Se. I. und I. Apostolische Majestät haben den neuernannten außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien Sir Augustus Paget am 24. Jänner d. J. in feierlicher Audienz zu empfangen und dessen Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, der Gemeinde Bruch zum Baue einer Kapelle 100 fl., ferner, wie die „Agrarische Zeitung“ mittheilt, der griechisch-orientalischen Kirchengemeinde in Gospić den Betrag von 300 fl. zu Kirchzwecken zu spenden geruht.

Wien, 28. Jänner.

(Orig.-Corr.)

Die Vermuthung, die wir ausgedrückt, daß die Sprachendebatte auch heute noch nicht zu Ende kommen werde, hat ihre Bestätigung gefunden, es wird noch der Dienstag zuhülfe gerufen werden müssen. Heute kam der Abgeordnete Hausner zum Wort, nach diesem wurde der Schluss der Debatte beantragt und mit Majorität von zwei Stimmen genehmigt, und zuletzt, nachdem noch die Abgeordneten Neumayr, Graf Coronini und Dr. Delz ihre vermittelnden Anträge vorgelegt hatten, sprach noch der Generalredner der Linken, der Abgeordnete von Plener.

Abgeordneter Hausner genießt ziemlich allgemein den Ruf, einer der ersten oratorischen Kräfte des Abgeordnetenhauses zu sein, und alles, was er sagt, wird stets mit gespanntester Aufmerksamkeit angehört. Seine schöne Auseinandersetzung, in der er den Sprachenstreit der Gegenwart mit den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts verglich, die herbedten Worte, in denen er nachwies, wieviel geeigneter als die republikanische Schweiz gerade ein monarchischer Staat wie Oesterreich sei, um die volle Gleichberechtigung verschiedener Stämme und Nationalitäten zu verwirklichen, fanden lebhaften Anklang nicht bloß bei den unmittelbaren Parteigenossen des Redners. In den unmittelbaren Parteigenossen des Redners. In den würdigsten und wahrhaft wohlthuernden Weise wies der Abgeordnete von Galizien den Gedanken zurück, seiner Heimat irgendwie eine Ausnahmestellung zu bereiten, ein echt großösterreichischer Hauch weht durch die Stellen seiner Rede, in der er die Solidarität Galiziens mit dem übrigen Oesterreich betonte. Gleich dem Abgeordneten Grégr stellte sich Herr Hausner auf den freiheitlichen Standpunkt und verteidigte von diesem aus die Anschauungen der Rechten. In besonders gelungener Weise beleuchtete er die frivole Art, mit der von der Linken aus Veranlassung der unbedeutendsten Veränderung im Organismus der staatlichen Eisenbahnverwaltung die Sprachenfrage in die Arme hinausgezerrt und die Machtstellung des Reiches in Frage gezogen wird, als hiänge das Schicksal von Oesterreichs Heer und Oesterreichs Zukunft wirklich davon ab, daß die Conducteurs auf der Tarnow-Beluchower Bahn mit den Bauern nicht polnisch

sprechen können. Die vom Grafen Wurmbrand vorgebrachten, thatsächlich falschen Angaben bezüglich Belgiens und Finnlands widerlegte Herr Hausner in schlagendster Weise, und wir könnten ihm zu einem wahrhaft parlamentarischen Erfolge gratulieren, wenn er am Schlusse seiner Rede nicht den wenig glücklichen Einfall gehabt hätte, das Gespenst der deutschen Abstinenz an die Wand zu malen und den Deutschen zuzurufen, sie würden sich den parlamentarischen Stricke noch überlegen! Gewiß werden sie das! Die Section, die die Czechen für die Abstinenz bekommen haben, war ausgiebig genug, daß sie wohl von jeder Nachahmung abhalten kann, aber umsoweniger war es angemessen, mit einer Supposition zu kommen, der für jetzt und hoffentlich für immer die thatsächliche Unterlage fehlt. Diese kleine Escapade möchten wir als den einzigen Mangel in Herrn Hausners sonst wahrhaft staatsmännischer Rede bezeichnen.

Der Generalredner der Linken, Herr von Plener, hatte keinen besonders guten Tag. Man macht dem Abgeordneten der Handelskammer von Eger gern das Compliment, daß er das Zeug zu einem Staatsmann in sich trägt, gestern hat er es aber nicht verdient. Er war heftig, leidenschaftlich, verworren, kam vom Hundertsten ins Tausendste, jeden Augenblick brach der Faden, der die einzelnen Argumente und Bestandtheile seiner Rede verknüpfen sollte, ab. Ueber die Kompetenzfrage schlüpfte der Redner mit Leichtigkeit, wenn gerade just nicht mit Grazie, weg, um dann einen Excurs auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu versuchen, wobei der deutsche Reichskanzler, die böhmischen Regimenter, das großslavische Reich und einiges andere ein mixtum compositum bildeten, von dem nur nicht recht abzusehen war, warum es eigentlich serviert wurde. Die schneidige Kritik, die Fürst Bismarck an der Politik und der politischen Taktik der „Verfassungspartei“ der „Herbstzeitlosen“ geübt hat, kann dem Abgeordneten von Plener natürlich nicht gefallen, wenn er aber der Welt glauben machen will, daß Fürst Bismarck seine bekannten Worte nur aus Rücksicht auf seine eigenen „augenblicklichen parlamentarischen Bedürfnisse“ gebraucht habe, so wird er für diese Erklärung wenig Glauben finden; der deutsche Reichskanzler pflegt in der Regel das Ziel, dem seine Worte gelten, sehr deutlich zu markieren, und es war in diesem Fall nicht zu verkennen.

Was die sonstigen hochpolitischen Dicta des Abgeordneten der Egerer Handelskammer betrifft, so entsprachen sie weniger dem diplomatischen Charakter, den er einst bekleidet hat, als der agitatorischen Rolle, in der er sich — leider! — in der letzten Zeit gefällt. Es ist in hohem Grade bedauerlich, zu sehen, wie der Abgeordnete von Plener, der durch Herkunft, Talent und Erziehung berufen erscheint, für die staatsrechtlichen Principien einzutreten, in der letzten Zeit sich — wir finden kein anderes Wort dafür — in einen Zorn hineinschreit, der seinem ganzen politischen Naturell fremd ist. Ein Parlamentarier, der seiner innersten Anlage nach ein „Conservativer“ ist, darf nicht sprechen wie ein Clubredner aus der Vorstadt und darf nicht jedes Argument, das in einer nordböhmischen Wahlversammlung Cours hätte, in den Senat einführen. Und gar, wenn der Abgeordnete von Plener gerade es ist, der über die Zumuthung einer Abstinenzpolitik so ungeheuer sittlich entrüstet thut, so macht das einen etwas sonderbaren Eindruck. Soll doch einer dunklen Sage zufolge gerade er es gewesen sein, der in den Conventikeln der Linken den Stricke empfahl. . . . Wir nehmen übrigens von seinem Dementi der Abstinenzabsichten mit Vergnügen Act; hoffentlich ist es jetzt genug des grausamen Spiels und wird das hässliche Wort überhaupt nicht mehr ausgesprochen werden. Die Rede des Abgeordneten von Plener rief auf den Gallerien lebhafteste Beifallsbezeugungen hervor, was den Präsidenten zur Drohung veranlaßte, die Gallerien räumen zu lassen.

Es ist ein wahres Attentat gegen den Parlamentarismus, wenn sich die Zuhörer herausnehmen, mehr zu sein, als stumme Beobachter. Das Parlament ist kein Theater, in dem man den Acteurs Beifall klatscht wie sie ausziht. In dieser Hinsicht ist man auf dem Continent vielfach viel zu nachsichtig; auf den winzigen, nur wenigen Duzend Personen Raum gewährenden Gallerien des englischen Parlaments wird die geringste verdächtige Bewegung, jede Bemerkung, die mehr als halblaut gemacht wird, ja selbst Aufstehen, während

ein Redner spricht, durch sofortige Ausweisung des oder der Schuldtragenden geahndet.

Morgen wird noch Fürst Czartoryski als Generalredner der Rechten sprechen, hierauf folgen die beiden Berichterstatter, dann wird zur Abstimmung geschritten.

## Reichsrath.

324. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 28. Jänner.

Se. Excellenz der Herr Präsident Dr. Smolka eröffnet um 11 Uhr 10 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Biemalowski, Graf Falkenhayn, Dr. Freiherr von Pražak, Dr. Freiherr v. Conrad-Eybesfeld, FML. Graf Welserheimb, Dr. Ritter v. Dunajewski und Freiherr v. Pino.

Nach Mittheilung der eingelaufenen Petitionen wird die Verhandlung über den Bericht des Sprachen-Ausschusses betreffs des Antrages der Abgeordneten Graf Wurmbrand und Genossen fortgesetzt.

Abg. Hausner: Von der Debatte, welche seit mehreren Tagen in diesem hohen Hause entfesselt ist und vor der alle wichtigeren Gegenstände, wie die Behandlung der social-politischen, der wirtschaftlichen und Steuervorlagen zurücktreten mußten, erwartete ich in keinem Falle ein positives Resultat. Ich muß gestehen, ich habe mich theilweise getäuscht, für den unbefangenen Beobachter sind im Laufe der Debatte zwei Anhaltspunkte für die richtige Beurtheilung der Parteien mit ziemlicher Klarheit hervorgetreten: die Anerkennung der deutschen Sprache in ihrer durch die Naturnothwendigkeit gebotenen Geltung von Seite der Majorität und die Klarstellung des Umstandes, daß die Majorität inbetreff der sprachlichen und nationalen Gleichberechtigung den freiheitlichen, den liberalen Standpunkt einnimmt, während die Minorität, die sogenannte liberale Partei, die reactionäre Richtung vertritt. (Bravo! rechts.)

Die Frage der Staatsprache ist in diesen drei Tagen von vielen ausgezeichneten Rednern von allen Seiten beleuchtet worden; ein neuer Abgeordneter und wirksamer Redner dieser Seite hat den freiheitlichen Standpunkt in so überzeugungstreuer Weise besprochen, daß mir heute nur die bescheidene Rolle bleibt, die höchsten Anerkennung zolle, zu ergänzen und zu constatieren, daß diese Ansichten auf dieser Seite des Hauses nicht vereinzelt sind. Der Kampf, der gegenwärtig auf sprachlichem Gebiete geführt wird, gleicht dem Religionskampfe im 16. und 17. Jahrhunderte; das 18te Jahrhundert hat die confessionelle Gleichberechtigung so begründet und gesichert, daß selbst der fanatische Religionshass, der die confessionelle Gleichberechtigung anbahnen möchte, sich genöthigt sieht, seine Absichten zu bemänteln und den Kampf auf das Rassengebiet hinüberzuschmuggeln. (Lebhafter Beifall rechts.) Wie die confessionelle, so wird auch die sprachliche und die nationale Gleichberechtigung zum Durchbruche gelangen. Diejenigen, welche fort und fort mit Vorliebe die nationalen und freiheitlichen Bestrebungen mit einander in Widerspruch bringen, sind Thoren, und wer die Freiheit zu schützen vorgibt, sie aber der Nationalität verweigert, ist ein Heuchler.

Die Mehrheit der zur Entscheidung in dieser Frage berufenen Männer steht heute leider noch auf dem Standpunkte, welcher die Nationalitäts- und Sprachenfrage als einen Streit um die Herrschaft, als einen Kampf um das Dasein betrachtet. Wir stehen also von der Lösung dieser Frage noch sehr weit entfernt. Namentlich Ihr Standpunkt, meine Herren, die Sie sich als ausschließliche Vertreter der Deutschen in Oesterreich betrachten, ist gerade noch so beschränkt, wie der Standpunkt der Katholiken und Protestanten im 16. und 17. Jahrhunderte, wo die einen nur nach der Herrschaft und der Unterdrückung der anderen trachteten, wo das gleichberechtigte confessionelle Nebeneinanderleben als unmöglich erachtet wurde.

Diejenigen, welche diesen Standpunkt heute noch einnehmen, haben nicht einmal den Entschuldigungsgrund, daß die Gleichberechtigung der Sprachen in

der Praxis noch nirgends durchgeführt sei, denn das Beispiel ist in der Schweiz gegeben, und ich glaube, daß der Einwurf nicht zutrifft, daß die Schweiz eine Republik und Oesterreich eine constitutionelle Monarchie sei. Im Gegentheil, ich glaube, daß die constitutionelle monarchische Staatsanordnung viel mehr Garantien für die Stabilisierung von Grundsätzen gewährt, als die schwankenden, mit jeder Präsidentenwahl sich ändernden Verhältnisse der Republik.

Es hat sich wiederholt ereignet, daß in der Schweiz die drei obersten Bundesbeamten der französischen Bevölkerung entnommen waren, und keinem Deutschen in der Schweiz ist es eingefallen, darin eine Verletzung zu erblicken. Warum sollen nun die 8 Millionen Deutschen in Oesterreich, die doch schon in der Dynastie den kräftigsten Schutz für ihren Volksstamm haben, den 17 Millionen Nichtdeutschen nicht einen Theil derselben Bedeutung einräumen, wie die Deutschen der Schweiz den Franzosen? Warum faßt man in Oesterreich die im Grunde so einfach liegende Nationalitäten- und Sprachenfrage so schwer auf, warum verwirrt und verbittert man sie fortwährend? Ich richte diese Frage nicht bloß an die Deutschen, sondern zum Theile auch an meine Bundesgenossen. Es ist sicher, daß von beiden Seiten gefehlt wird. So wenig ich die Beunruhigung darüber begreifen kann, daß beispielsweise in Wien die Einladung zu einer Lotterie auch in böhmischer Sprache ergangen ist, eben so wenig kann ich es billigen, daß polnische Zeitungen schon in jeder deutschen Firmatafel oder Aufschrift eine Gefahr erblicken. Ganz unbegreiflich ist es, wie die Vertretung eines Volksstammes, der früher Jahrzehnte unumschränkt herrschte, der auch jetzt noch vollauf in der Herrschaft berücksichtigt ist, dessen Bedeutung und Cultur von aller Welt anerkannt ist, sich mit so kleinlicher Aengstlichkeit geben kann, weil zufälliger Weise einmal ein Böhme oder Pole Minister oder Generaldirector einer Eisenbahn oder weil eine Fahrordnung in polnischer Sprache abgefaßt ist. Man sollte doch unbefangener urtheilen und sich endlich einmal sagen, daß das Recht der Betätigung aller Nationalitäten niemand schädigt. Wer das nicht faßt, der hat kein Verständnis für das Wesen der Freiheit, der verdient nicht den Ehrennamen eines Liberalen.

Wie es auf der Linken damit beschaffen ist, davon hat der Abg. Dr. Wagg in der letzten Sitzung einen traurigen Beweis gegeben. Er schloß seine Rede damit, daß er ohne allen Grund, eigentlich ohne jeden Zusammenhang, den primitiven Ruf ausstieß: „Wir sind Deutsche, wir wollen Deutsche bleiben.“ Ja, um Gottes willen, wem fällt es denn ein, die Deutschen daran hindern zu wollen, und welcher Autokrat, wenn er es auch wollte, vermöchte dies? Selbst in Böhmen, wo die Nationalitäten-Frage stets als eine schwierigere betrachtet wird, erfordert sie kein salomonisches Urtheil, man braucht nichts zu theilen, wenn man die Freiheit allen gleich ungetheilt gewährt. Der Abg. Tomaszczuk hatte eine andere Lösung zur Hand. Wer ernstlich die Versöhnung anstrebt, sagte er, der findet dazu kein dankbareres Gebiet, als ein Sprachengesetz. Also dieselbe Versöhnung stellt man nun auch von jener Seite in den Vordergrund und will sie damit erreichen, daß einem einzelnen Volksstamme für alle Ewigkeit eine Ausnahmestellung eingeräumt wird. Seit vier Jahren, sagte er weiter, wird der Gebrauch der deutschen Sprache immer mehr eingeengt. Den Beweis für diese Behauptung ist er freilich schuldig geblieben. Aber ein so schwacher Beweisführer der Abg. Tomaszczuk ist, ein so starker Prophet ist er vor dem Herrn, und so schilderte er denn in den düstersten Farben die Gefahren, die dann eintreten werden, wenn die Herren von der Zwangssprache nicht bald die Ministerfauteuils einnehmen. Die deutsche Sprache, sagte er, wird mit der Zeit als Dienstsprache aus der Armee verschwinden. Er hat damit wieder etwas ausgesprochen, woran niemand denkt. Es ist dies dasselbe System, wie mit der Sprache der Eisenbahnen, wenn z. B. auf der galizischen Strecke der Bahn Tarnow-Beluchow polnisch amtiert wird, dann ist die Machtstellung des Staates, die Einheit der Armee u. s. w. gefährdet. Aber auf derselben Strecke einige Meilen weiter, jenseits der ungarischen Grenze ist die ungarische Sprache längst als Dienstsprache eingeführt, schadet aber weder der Machtstellung oder Einheit der Monarchie noch jener der Armee. Bei dieser Gelegenheit hat der Abg. Tomaszczuk jenen von ihm als kurzichtig angesehenen Männern, die das Territorial-System einführen, den Text gelesen. Dasselbe soll insbesondere deshalb sehr schädlich sein, weil die Aspiranten auf Officiersposten in constantem Contacte mit den nationalen Parteien stehen. Als dieses Wort gesprochen, sah ich, wie der Geist des seligen Fürsten Metternich den so liberalen Abgeordneten inspirierte.

Als ein Beispiel dafür, wie wenig die Klagen, daß die deutsche Sprache unter der jetzigen Regierung zurückgedrängt, andere Sprachen dagegen gefördert werden, führt der Redner die kürzlich erfolgte Ausschreibung eines Directorpostens bei der galizischen Forst- und Domänen-Direction an. Die Ausschreibung verlange von den Bewerbern die Kenntnis der deutschen

und nicht etwa der Landessprache, sondern nur einer slavischen Sprache, als ob die slavischen Sprachen nur Dialekte einer Haupt- und Schriftsprache wären. Könnte das etwa in Niederösterreich vorkommen? Würde man sich da auch begnügen, von dem Bewerber um ein Amt die Kenntnis einer germanischen Sprache zu verlangen? So also geht die jetzige Regierung vor, welche angeblich die Polen mit Concessionen überhäuft.

Chateaubriand habe einen Ausspruch über die Aristokratien gethan, welchen auch die Deutschen beherzigen sollten. Die Völker, sagte derselbe, haben die Vorrechte der Aristokratien so lange gern und freiwillig anerkannt, als dieselben nicht durch Druck hassenswerth gemacht wurden. Gerade so verhalte es sich mit der Präponderanz des deutschen Stammes und der deutschen Sprache in Oesterreich. Die anderen Völker erkennen sie willig an, so lange sie ihnen nicht durch Druck und Zwang und Ueberhebung verhasst gemacht werde. Davon sage freilich die deutsch-liberale Presse dem deutschen Volke nichts. Der deutsche Alpenbauer, welcher seit Jahrhunderten an den Gebrauch seiner Sprache in Amt und Schule gewöhnt sei, der kümmerge sich nicht um den Sprachenstreit und habe kaum ein Verständnis dafür; er spreche und vernehme bei Versammlungen gern über Landwirtschaft und anderes ihm Naheliegende. Aber die liberalen Blätter spiegeln ihm vor, er werde gegen die Polaken zurückgesetzt, man schenke diesen 75 Millionen Grundentlastungsschuld aus seiner Tasche u. c. Man verheimliche ihm, daß der galizische Bauer von demselben Grund und Boden so viel bezahlen muß als er; man verheimliche ihm, daß in Galizien der Eisenbahnconductor mit dem Bauer nicht in dessen Sprache reden solle. Die Superiorität der deutschen Wissenschaft werde ja anerkannt, aber man sollte sie den Slaven nicht immer vorhalten, wie ein reicher Prahlhans dem Armen seinen eigenen Reichthum. So habe ein Redner im Laufe der Debatte gesagt, das Czechische mit dem Deutschen auf eine Stufe stellen heiße: den Bettler mit dem Könige gleichstellen. Nun, wenn diese Gleichstellung wirklich erfolgte, so würde ja doch der König als der Intelligenter und Weisere der Stärkere bleiben; denn die natürlichen Vorzüge würden ja durch die Gleichstellung nicht aufgehoben.

Die Auffassung des Nationalitätenrechtes — fährt der Redner fort — habe sich seit 1867 sehr geändert. Damals galt das gleiche Recht der Nationalitäten auf den Gebrauch ihrer Sprache in Schule und Amt für selbstverständlich und wurde von den deutschen Liberalen im Art. 19 ausgesprochen und gewährleistet. Man hätte meinen sollen, daß nach 16 Jahren dieses Princip sich so gefestigt und eingelebt haben werde, daß es nicht mehr in Frage gestellt werde, und dennoch habe man jetzt einen Antrag abzuwehren, welcher solches versuche. Der Antragsteller und andere Redner der Linken hätten ganz so gesprochen, als ob der deutschen Sprache weitere Rechte errungen werden sollten. Erst als der Antrag auf einen motivierten Uebergang zur Tagesordnung gestellt wurde, hieß es auf der Linken, man wolle nur das Bestehende wahren. — Graf Wurmbrand habe in seinen historischen Excursen die Germanisation gelobt und dann gesagt: Das alte Oesterreich, wie es war, wollen wir wieder. Wie will er das durch seinen Antrag erreichen, wie das absolutistische Oesterreich mit dem constitutionellen verschmelzen? Seine Aeußerung zeigt aber nur wieder, daß mit seinem Antrage ursprünglich viel Weitergehendes beabsichtigt war, als man hinterher zugeben will.

Da für die deutsche Staatsprache auch wiederholt das Beispiel Belgiens angeführt wurde, wo das französische Staatsprache sei, deren Kenntnis von jedem Feldhüter verlangt werde, so citirt Hausner den Sprachenparagraphen der belgischen Verfassung, um zu zeigen, daß in Belgien der facultative Gebrauch beider Landessprachen durch die Verfassung garantiert und auch in der Praxis üblich sei. Jener Sprachenparagraph der belgischen Verfassung sei zudem zu einer Zeit gemacht worden, als man sich noch mit Holland im Kriege befand, das den belgischen Aufstand gerade auch durch sprachliche Bedrückungen und Uebergriffe veranlaßt habe. Graf Wurmbrand habe auch auf Finnland hingewiesen. Wisse er denn nicht, daß Finnland ein besonderes, mit Rußland nur durch Personalunion verbundenes Staatswesen sei?

Der Redner geht sodann auf die Gründe und Umstände ein, welche dazu geführt, in Ungarn das Magyarische zur Staatsprache zu erklären; er zeigt, wie es sich damit in Wirklichkeit verhält, daß Kroatien eine Ausnahmestellung eingeräumt ist und daß die ungarischen Verhältnisse bei uns nicht zutreffen, also auch nicht für den Antrag Wurmbrand sprechen. Bei uns wolle man die Sprache einer Minorität, welche aber zugleich eine Weltprache sei, zur Staatsprache erklären, weil sie angeblich sonst zugrunde gehen würde. Die Behauptung, daß alle Staaten eine Staatsprache haben und haben müssen, sei eine durchaus unerwiesene und auch unrichtige.

Gegen Lienbacher's Salzburger Rede polemisirend, bemerkt der Redner, man sollte glauben, die Beamtschaft bilde sich ein, der Mittelpunkt des Staatswesens zu sein. — Der Behauptung des Abgeordneten

Tomaszczuk, die deutsche Staatsprache würde für die Bewohner der kleineren Kronländer einen Schutz bieten, stellt der Redner die andere gegenüber, in der Bukowina werde allerdings die deutsche Sprache sehr gefördert, aber dagegen werden die Landessprachen vernachlässigt.

Abgesehen von den Kompetenzbedenken, sagt Redner weiter, abgesehen von dem begründeten Zweifel, daß die Regierung im gegenwärtigen Reichsrathe eine Sprachenvorlage durchsetzen könnte, wie sie der Antrag Wurmbrand fordert, läuft dieser Antrag auf eine Verkümmern des Art. 19 und der darin gewährleisteten Rechte hinaus, welche Graf Wurmbrand mit einer sophistischen Begründung nur für die Individuen, nicht aber für die Nationalitäten gelten lassen will. Graf Wurmbrand schloß mit der Drohung, daß nach Verwerfung seines Antrages die Deutschen in Oesterreich sich als nationale Partei zusammenschließen und nur von nationalen Motiven sich leiten lassen werden. Wer wie die Majorität sich bewußt ist, die Rechte anderer nicht beeinträchtigt zu haben, noch beeinträchtigen zu wollen, der braucht sich vor solchen Drohungen nicht zu fürchten, die übrigens auf den zurückfallen, der sie ausstößt. Das Einsengericht, welches man uns anbieten will, indem man Galizien von dem neuen Sprachengesetz ausnehme, das weisen wir zurück; wir verfechten auch für andere, was wir für recht und gerecht halten. Die deutsch-liberale Partei aber wird sich wohl noch befinden, bevor sie den Versuch macht, durch eine Abstinentenpolitik die Verfassung und das verfassungsmäßige Leben ad absurdum zu führen. Ich werde also dafür stimmen, daß über den Antrag des Grafen Wurmbrand zur Tagesordnung übergegangen werde. (Großer Beifall und Händeklatschen rechts.)

Abg. Dr. Tonkli beantragt hierauf den Schluß der Debatte.

Abg. Ritter von Schönerer wünscht, daß über diesen Antrag namentlich abgestimmt oder eventuell doch das Stimmenverhältnis constatirt werden möge. Der Wunsch nach namentlicher Abstimmung wird genügend unterstützt.

Das Resultat derselben ist, daß der Schluß der Debatte mit 171 gegen 169 Stimmen angenommen wird. (Lebhafte Bewegung.)

Abg. Graf Coronini hat sich aus der Rednerliste streichen lassen.

Es wird zur Wahl von Generalrednern geschritten. Während der Bornahme derselben theilt der Präsident die von mehreren Seiten gestellten Anträge mit und stellt inbetreff derselben die Unterstützungsfrage.

Die Abgeordneten Neumayr und Genossen haben folgenden Antrag gestellt: „Das hohe Haus wolle beschließen: In Erwägung, daß die Ausführung des Art. 19 St. G. G. im Verordnungswege erfolgen kann und daher die Nothwendigkeit einer Aufforderung zur Einbringung des Entwurfes eines Ausführungsgesetzes, damit aber auch die Nothwendigkeit und Weisung hinsichtlich der Festhaltung der Staatsprache bei Verfassung desselben entfällt, geht das Haus über den Antrag des Abg. Graf Wurmbrand zur Tagesordnung über.“ (Der Antrag wird nicht genügend unterstützt.)

Abg. Graf Coronini stellt folgenden Antrag: „Das hohe Haus wolle beschließen: Die Regierung wird aufgefordert, in Ausführung des Art. 19 St. G. G. einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch der Gebrauch der landesüblichen Sprachen in Amt, Schule und öffentlichem Leben, unter Festhaltung des Gebrauches der deutschen Sprache, wie sich dieser für die Zwecke der einheitlichen Staatsverwaltung als unerlässlich erweist, geregelt wird.“ (Der Antrag wird hinreichend unterstützt.)

Die Abgeordneten Ritter von Schönerer und Fürnkranz beantragen: „Das hohe Haus wolle beschließen: Die k. k. Regierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch für das Geltungsgebiet der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder — mit Ausnahme der Königreiche Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthume Krakau und dem Herzogthume Bukowina — die bisher im öffentlichen Leben, im amtlichen Verkehr und speciell in der staatlichen Verwaltung in Geltung und Gebrauch stehende und von der jetzigen Parlaments-Majorität eingestandenermaßen nur bis auf weiteres freiwillig gebildete deutsche Sprache bleibend als Staatsprache gesetzlich derart sichergestellt wird, wie dies in Ungarn bezüglich der ungarischen Staatsprache der Fall ist.“ (Der Antrag erhält die erforderliche Unterstützung.)

Abg. Dr. Delz beantragt: „Das hohe Haus wolle beschließen: In Erwägung, daß die Aufzucht einer Staatsprache durch die Reichsvertretung für Oesterreich überhaupt und für das Deutschthum insbesondere nur schädlich und gefährlich sein könnte, wird über den Antrag Wurmbrand zur Tagesordnung übergegangen.“ (Der Antrag wird nicht unterstützt.)

Wegen der Wiederaufnahme der Debatte über die unterstützten Anträge wird abermals namentlich abgestimmt. Der Schluß der Debatte wird mit 174 gegen 168 Stimmen aufrechterhalten.

Als Generalredner wurden die Abgeordneten Dr. von Plener und Fürst Czartoryski gewählt.

Abg. Dr. v. Plener bespricht die Versöhnungspolitik und deren Resultate seit den letzten vier Jahren. Redner behauptet, dass die Wirkung der Versöhnungspolitik eine zerfetzende sei. In den Ländern mit gemischter Bevölkerung werde das Geltungsgebiet der deutschen Sprache immer mehr und mehr eingeengt, ihr Gebrauch als interne Dienstsprache der Behörden immer mehr und mehr in Frage gestellt. So beklage sich der Oberlandesgerichts-Präsident von Graz in einem Circularschreiben darüber, dass bei den jüngeren Beamten die Fähigkeit zur Abfassung deutscher Schriftstücke sinke. Die Majorität stelle der eigentlichen Frage der Staatsprache eine ganz andere Frage entgegen. Sie frage, was sei der Kern der Sache, und erkläre derzeit die Lösung für unmöglich; sie klammere sich ferner an den Begriff der Staatsprache und wünsche eine Definition, obwohl der Begriff klar sei, denn die Staatsprache sei die Sprache der Dynastie, der Armee, der Behörden, die Sprache der Gesetze und öffentlichen Acte. (Beifall links.)

Wer die Staatsprache nicht wolle, stoße sich an dem Mangel einer Definition, sonst könnte man nicht einsehen, warum die bezeichnete tatsächliche und von allen Seiten zugegebene bisherige Geltung der deutschen Sprache nicht codificiert werden solle, sowie dies in Ungarn mit der ungarischen Sprache geschehen sei. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Was die Majorität eigentlich wolle, das gehe am deutlichsten aus dem Memorandum hervor, welches die Führer der tschechischen Nation im Jahre 1879 verfassten. Man sehe daraus, wie es mit der Zukunft der deutschen Sprache als Staatsprache bestellt sei. Diese Erkenntnis habe in der deutschen Bevölkerung Böhmens, die durch den Sprachenverlust aus ihrer Ruhe aufgeschreckt worden sei, große Beunruhigung, ja Erbitterung hervorgerufen. Auch die Polen verlangen die Polonisierung des Verkehrs in Galizien, und allen diesen Erscheinungen gegenüber sei die Behauptung, dass der deutschen Sprache keine Gefahr drohe, hinfällig. Redner polemisiert gegen den Abg. Grégr und misst einen großen Theil der Schuld an der Verwilderung des nationalen Kampfes in Böhmen, die wiederholt in Excessen, in Insulten der Deutschen durch den Gassenpöbel zum Ausdruck gekommen sei, der Partei dieses Abgeordneten zu.

Wir wollen erhalten — fährt Redner fort — was von dem deutschen Charakter Oesterreichs noch besteht und bisher von Tag zu Tag sich minderte. Böhmen liegt einmal inmitten zwischen deutschen Ländern, es kann Oesterreich nicht entbehren. In Galizien liegen die Verhältnisse etwas anders, aber die Redner aus jenem Lande, welche so sehr auf die Gleichberechtigung der Nationalitäten als das Lebenselement der Völker pochten, messen zu Hause mit einem ganz anderen Maße. Was sie der deutschen Sprache als Staatsprache durchaus nicht gewähren wollen, das haben sie der polnischen als Landessprache in Galizien in viel reichem Ausmaße verschafft, sie haben in Schule und Amt polonisiert, und den Ruthenen gegenüber lassen sie die Gleichberechtigung nicht gelten. Redner bedauert, dass während der letzten Debatte zufällig oder absichtlich eine gewisse Confusion geherrscht habe. Man habe ganz vergessen, dass jener Theil des Antrages, der sich auf die Festhaltung der Staatsprache bezieht, in gar keiner Beziehung zu Art. 19 stehe. Dieser letztere stelle nur eines jener großen Principien auf, wie dies z. B. auch Freiheit, Gewissensfreiheit etc. seien. Die Beziehung des Staates zu den Nationalitäten werde dadurch gar nicht berührt. Heiße es doch in einem anderen Artikel der Staatsgrundgesetze: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich“, und doch werde niemand bezweifeln, dass der Staat für seine Beamten besondere Normen erlassen könne. Ebenso könne auch der Staat im Interesse seiner Verwaltung einer Sprache eine besondere Vorzugsstellung einräumen und dies gesetzlich fixieren; dem stehe der Art. 19 gar nicht im Wege.

Wenn man alles überblicke, so falle in die Augen, dass die Gefahr des Panславismus für Oesterreich eine andere Gestalt angenommen habe. Die slavischen Volksstämme in Oesterreich haben andere Ziele, als ihre Stammgenossen außerhalb des Reiches; mit der Bildung eines starken polyglotten Reiches sei es ihnen weniger Ernst, als mit der Erreichung ihrer besonderen Zwecke, nach denen man sich auf Kosten der Gesamtheit einzurichten suche. (Beifall links.) Es sei diesfalls ein neuer Begriff des „Austro-Slavismus“ aufgetaucht, dessen Tendenz die Wiederherstellung eines westlichen Slaven-Reiches sei. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.)

Redner sucht schließlich den Nachweis zu führen, dass es längst kein Oesterreich mehr geben würde, wenn es bei verschiedenen Anlässen der Geschichte nach den Absichten der Böhmen gegangen wäre. (Lebhafte andauernder Applaus im Hause und auf der Gallerie.)

Präsident (unterbrechend): Ich werde die obere Gallerie sofort räumen lassen, falls sich die Beifalls- oder Mißfallsbezeugungen wiederholen sollten.

Abg. von Plener (fortfahrend): Wenn es heute erst nur die salzburgischen Bauern sind, die nicht mehr mit den Tschechen und Polen gehen wollen, so werden es bald auch die oberösterreichischen und steierischen sein. Wie kann es ein polnischer Abgeordneter wagen,

uns Deutschen Abstinenz vorzuwerfen, da doch die Polen die Lehrmeister der Abstinenz sind, während von deutscher Seite niemand das Wort Abstinenz ausgesprochen habe. Redner ist auf eine Niederlage durch wenige Stimmen Uebergewicht gefasst, glaubt jedoch, dass dies auch eine Niederlage des österreichischen Staates sein werde. (Beifall und Händeklatschen links.)

Der Präsident bricht hierauf die Berathung ab.

Abg. Friedrich Suez gibt im Namen der Mitglieder der Minorität des Gewerbe-Ausschusses die Erklärung ab, dass der Obmann des Gewerbe-Ausschusses wiederholt die Mitglieder der Majorität sowie die Regierungsvertreter zu Sitzungen eingeladen habe, ohne die Vertreter der Minorität beizuziehen. (Unruhe links; Rufe: Austreten!)

Abg. v. Zallinger, der Obmann des Gewerbe-Ausschusses, erklärt, dass die betreffenden Sitzungen nur parlamentarisch gestattete Vorgesprechungen der Mitglieder der Majorität gewesen seien, die einen privaten Charakter hatten. Derlei Besprechungen seien auch von der Minorität wiederholt abgehalten worden.

Abg. Friedrich Suez: Das Schwergewicht in dieser Frage liegt in der Einladung der Minister. (Rufe links: So ist es!)

Der Präsident schließt hierauf die Sitzung und beraumt die nächste für morgen um 10 Uhr vormittags an.

### Zur ökonomischen Krise in Paris.

In der Kammer Sitzung am 28. d. M. ergriff in der Debatte über die ökonomische Krise Ministerpräsident Ferry das Wort. Derselbe anerkennt die Schwere der Krise in Paris, es sei jedoch schwierig, derselben abzuwehren. Die Häuserkrise wurde durch übertriebene Bauten hervorgerufen, demnach wäre es unklug, neue Bauwerkstätten zu eröffnen. Die Frage der Handelsfreiheit wurde auf neun Jahre gelöst, man könne diese nicht beständig wieder auf die Tagesordnung setzen. Die Krise sei keine allgemeine, sondern bestehe wesentlich in Paris. Zu den Ursachen der Krise zähle der übertriebene Lohn, wodurch fremde Concurrnz herbeigezogen wird. Man könne aber die Grenzen nicht verschließen. Frankreich exportiert um 1200 Millionen Fabriksartikel mehr als eingeführt werden. Man könne die ausländischen Arbeiter nicht ausschließen, weil im Auslande französische Arbeiter sich befinden. Seit sechs Jahren wurden in Bauten sechs Milliarden verausgabt. In dieser Baumanie fortzufahren, wäre eine verwerfliche Politik. Die Kammer dürfe nicht das System der Almosen acceptieren, welche in Form der Eröffnung von Crediten verlangt werden.

### Tagesneuigkeiten.

#### Hugo Schenk und Genossen.

Wien, 29. Jänner.

Im Verlaufe der polizeilichen Untersuchung der Affaire Hugo Schenk und Genossen hat sich neuerlich eine Fülle der gravierendsten Indicien ergeben, welche dafür sprechen, dass noch eine Frauensperson, deren Name aber bisher unbekannt ist, und vielleicht auch ein Kind von Hugo Schenk und seinen Helfern aus der Welt geschafft worden sind. Zu Anfang des Monats Juni v. J. kam eine junge, elegant gekleidete Frau mit einem Kinde nach Neu-Wied in Oberösterreich, Kreisgerichts Sprengel Ried, und mietete daselbst bei einem Fragner ein Zimmer. Die unbekannte Dame, die unter dem Namen Josefina Timal auftrat, war ungefähr 26 Jahre alt. Das Kind war ein Mädchen von etwa sieben Jahren, mit blonden langen Haaren und blauen Augen. Die Frau gab an, sie komme aus Wien, wo ihr Bräutigam Namens Hugo Schenk ein großes Geschäft betreibe. Gesprächsweise erzählte sie später, sie sei früher Casinierin in einem Geschäft in Wien gewesen ihr Bräutigam aber, ein reicher Mann, habe sie aus dem Geschäft genommen und zu ihrer Erholung aufs Land geschickt. Der Bräutigam werde sie nach Verlauf eines Monats abholen, und zu Beginn des Jahres 1884 werde die Hochzeit stattfinden. Sie bekam oft Briefe von ihrem Bräutigam, und zwar unter der Adresse Josefina Timal.

In den letzten Tagen des Monats August bekam die Unbekannte einen Brief von ihrem Bräutigam, in welchem er ihr schrieb, sie möge sich reisefertig machen und so bald wie möglich nach Linz kommen, wo er sie erwarten werde. In dem Briefe hieß es, das Kind müsse in die Schule geschickt werden, und zu dem Behufe sei es nothwendig, dass sie so rasch wie möglich mit demselben abreise. Das Kind werde er nach Wien schicken und dann einige Zeit mit ihr in Linz verbleiben.

Am 28. August reiste denn auch in der That die Frau nach Linz ab. Seit jener Zeit fehlt jede Nachricht über den Verbleib der Frau sowohl wie des Kindes, und es ist anzunehmen, dass Hugo Schenk die Unbekannte aus dem Leben geschafft. Die Fremde besaß einen Heimatschein und ein Dienstzeugnis auf

den Namen Josefina Timal. Zu der Zeit, als die Fremde in Neu-Wied eintraf, war Josefina Timal, die bekanntlich am 19. Mai ermordet wurde, nicht mehr am Leben, und Hugo Schenk, der der Fremden das Dienstzeugnis und den Heimatschein der Josefina Timal übergab, wusste die Unbekannte zu bewegen, dass sie sich den Namen beilege.

Die Bemühungen der Polizeibehörde, in Wien zu eruieren, wer die Unbekannte gewesen, sind bisher erfolglos geblieben. Im Interesse der Aufhellung dieser mysteriösen Affaire wäre es erwünscht, wenn jedermann, der darüber irgendwelche Mittheilung zu machen hat, dies so rasch wie möglich beim Polizeirathe Breitenfeld, dem Vorstande des Sicherheitsbureau der Polizeidirection, thun wollte.

Es ist zur Kenntniss der Polizeibehörde gelangt, dass Hugo Schenk im Monate November v. J. noch Bekanntschaften mit zwei Mädchen angeknüpft hat. Im Monate November lernte Hugo Schenk auf Grund eines Zeitungsinserates eine Fabrikarbeiterin Namens Maria H., in der Lindengasse wohnhaft, kennen. Diesem Mädchen gegenüber gab sich Hugo Schenk als Ingenieur Karl Schlosfarel aus. Nach wenigen Tagen wusste Schenk, dass die Arbeiterin kein Geld habe, weshalb er das Verhältnis abbrach. Einige Zeit später gab die jüngere Schwester der Fabrikarbeiterin Namens Francisca ein Heiratsinserat in die Zeitung, und wieder war es Hugo Schenk, der sich dem Mädchen, diesmal unter seinem wirklichen Namen, vorstellte. Die jüngere Schwester, ein hübsches Mädchen, gefiel dem angeblichen Ingenieur, und als er erfuhr, dass sie die Schwester jener Fabrikarbeiterin sei, mit der er das Verhältnis so rasch abgebrochen, sagte er: „Erst muss deine ältere Schwester verheiratet sein, dann heirate ich dich!“ Die ältere Schwester wurde veranlasst, neuerlich einen Heiratsantrag zu inserieren, und auf dieses meldete sich der wirkliche Karl Schlosfarel, der Bekanntschaft mit Maria H. anknüpfte. Hugo Schenk und Schlosfarel versprachen den beiden Mädchen die Ehe. Die Hochzeit sollte in Innsbruck bei angeblichen Verwandten Hugo Schenk's stattfinden, und die beiden Mädchen arbeiteten mit allem Eifer an ihrer Ausstattung. Am 5. Jänner kam aus Linz ein Brief Hugo Schenk's an Francisca H., in welchem er ihr mittheilte, dass er am 9. nach Wien kommen und sie dann zur Hochzeitsreise nach Innsbruck abholen werde. Durch die am 9. Jänner erfolgte Verhaftung der Mordgesellen wurde der Plan vereitelt.

Um dieselbe Zeit, im Monate November, hatte Hugo Schenk die Bekanntschaft einer im Bezirke Mariahilf wohnhaften Köchin Namens Marie S. gemacht, welche Ersparnisse in der Höhe von 1000 fl. besaß. Auch dieser Köchin versprach Schenk die Ehe, und zwar sollte Mitte Jänner die Hochzeit in Innsbruck stattfinden. Das Mädchen hatte am 1. Jänner bereits den Dienst gekündigt und wäre vielleicht auch von Schenk ermordet worden, wenn nicht die Verhaftung dazwischen gekommen wäre.

#### Die Ermordung eines Polizei-Agenten.

Wien, 29. Jänner.

Bei der k. k. Wiener Polizeidirection ist im Laufe des heutigen Tages folgende Spende eingelaufen: Von dem Obersthofmeisteramte Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Feldmarschalls Erzherzogs Albrecht je 100 fl. für die Witwe Blöck und für Meloun.

Auch heute ist es der Polizeibehörde nicht gelungen, den Mörder des Detective Ferdinand Blöck zu entlarven, wiewohl den ganzen Tag hindurch die Erhebungen fortgesetzt wurden.

Der Pappendeckel-Erzeuger Arnold Brüllmayer, der gestern nachmittags auf dem Südbahnhofe angehalten und behufs Perlustrierung in das Polizeigefangenhause gebracht wurde, weil ein entfernter Verdacht vorlag, dass er irgendwie um das Verbrechen wissen könne, ist heute abends wieder in Freiheit gesetzt worden, weil dessen Unschuld vollkommen nachgewiesen ist.

— (Jubiläum des allgemeinen Krankenhauses.) Das Jubiläum des allgemeinen Krankenhauses in Wien war, wie die „Allg. Wien. med. Ztg.“ berichtet, in der jüngsten Sitzung der Primärärzte dieser Heilanstalt Gegenstand einer längeren Besprechung. Professor von Schrötter stellte den Antrag, man möge sich des hundertjährigen Bestandes dieser größten Heilanstalt des Reiches in würdigster Weise erinnern und sofort ein Comité wählen, welches über die einzuschlagenden Schritte berathen solle. Diesem Comité müsse mit Rücksicht auf die großen Errungenschaften, welche von hier aus über die ganze Welt verbreitet wurden, der Vertreter der pathologischen Anatomie angehören. Ueber Wunsch des Obersanitätsrathes Director Hoffmann wird schließlich von der sofortigen Wahl eines Comité's Abstand genommen und diese auf eine demnächst abzuhaltende Sitzung verschoben. Sämmtliche Redner sprachen sich in diesem Sinne dahin aus, dass das Jubiläum des Spitals im Sommer dieses Jahres in feierlicher Weise begangen werden solle.

(Entdeckungsexpedition nach Central-Afrika.) Dem „Echo du Parlement“ zufolge entfendet das belgische geographische Nationalinstitut unter Leitung des Dr. Josef Chavanne aus Wien eine Entdeckungsexpedition nach Central-Afrika, welche mit der Aufgabe betraut ist, eine Karte des Congo-Gebietes anzufertigen und das Gebiet des Liba-Sees zu durchforschen.

**Vocales.**

Aus dem k. k. Landeschulrathe für Krain.

Auszug aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des k. k. Landeschulrathes für Krain vom 10. Jänner 1884.

Die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke werden durch den Schriftführer vorgetragen, und wird deren Erledigung zur Kenntnis genommen.

Die von dem vom k. k. Landeschulrathe in Angelegenheit des deutschen Sprachunterrichtes als obligaten Lehrgegenstandes an den städtischen Volksschulen in Laibach und an den übrigen vierclassigen Volksschulen mit slovenischer Unterrichtssprache niedergesetzten Comité hinsichtlich des Zeitpunktes des Beginnes des deutschen Sprachunterrichtes bezüglich der städtischen Volksschulen in Laibach gestellten Anträge werden angenommen, von einer Berathung über eine Aenderung der bezüglichlichen sprachlichen Einrichtung an anderen vierclassigen Volksschulen aber wird abgesehen.

Inbetreff der Wiederbesetzung von zwei erledigten Bezirkschul-Inspektorenposten werden die diesfalls höchsten Orts zu erstattenden Vorschläge bestimmt.

Zwei Oberlehrer- und eine Lehrerinnenstelle werden besetzt und wegen provisorischer Besetzung einer Lehrstelle die bezüglichliche Weisung beschlossen.

Inbetreff der Benützungsrechte eines Schulgebäudes und des dazu gehörigen, als Holzlege benützten Stalles wird die diesfällige Anfrage der k. k. Landesregierung beantwortet.

Wegen Errichtung und wegen Erweiterung je einer einclassigen Volksschule werden die Acten an den Landesauschuß mit dem bezüglichlichen Antrage geleitet.

Die Errichtung anderer zwei einclassiger Volksschulen wird bewilligt.

Recurse, dann ein Strafnachrichtsgesuch in Schulversäumnis-Strassfällen werden erledigt.

(Requiem.) Gestern fand in der Domkirche zu St. Nicolaus ein Requiem für Seine kaiserliche Gnaden den verewigten Fürstbischof von Laibach, Dr. Bogaciar, statt, welches der hochwürdige Herr Canonicus Dr. Pauker v. Glanfeld celebrierte und welchem der Herr Landespräsident Baron Winkler und eine zahlreiche Anzahl anderer Andächtiger beiwohnte.

(Todesfall.) Die hochgeschätzte Familie, Herr k. k. Controlor Alexander Altenburger und Gemahlin sind in erschütterndster Weise durch den Tod ihrer einzigen Tochter Rosa betroffen worden. Dieselbe starb nach langen Leiden heute früh halb 5 Uhr. Die Theilnahme an diesem schmerzlichsten Trauerfalle wird gewiss eine allgemeine sein.

(Die Generalversammlung der k. k. Landwirtschafts-Gesellschaft für Krain), welche gestern stattfand, war wieder sehr zahlreich besucht. An der Wahl der Ausschüsse und des Secretärs beteiligten sich 101 Mitglieder. In den Ausschüssen wurden gewählt: Herr Franz Kav. Souvan sen. mit 75 und Herr Dr. Poklukar mit 72 Stimmen. — Als Secretär wurde gewählt Herr Gustav Piric mit 66 Stimmen, der Gegencandidat Herr E. Kramer erhielt 33 Stimmen.

(Ballchronik.) Die Mitglieder der freiwilligen Bleisler-Transportcolonne Nr. XVI der Gesellschaft vom „Roten Kreuze“ und der Ausschuß des unter dem Allerhöchsten Protectorate Sr. k. und k. Apostolischen Majestät Kaiser Franz Josef I. stehenden allgem. krain. Militär-Veteranenvereins in Laibach veranstalteten am Sonntag, den 3. Februar l. J., um 8 Uhr abends im Casino-Glaskalon ein Kränzchen. — Der Reinertrag wird dem Krankenunterstützungsfonde des Vereins gewidmet. — Die Damen werden ersucht, in einfacher Toilette zu erscheinen. Eintrittskarten für Nichtmitglieder des obigen Vereins per Person 70 kr., für Familien (vier Personen) 1 fl. 50 kr.; für Mitglieder per Person 50 kr., für Familien 1 fl. Das Militär zahlt wie die Vereinsmitglieder. Die Eintrittskarten beliebe man in der Handlung der Frau Anna Hofbauer, Theatergasse Nr. 4; in der Hutniederlage des Herrn F. A. Svančić, Alter Markt Nr. 1, und in der k. k. Tabaktrafik im Citalnica-Gebäude sowie abends an der Casse zu lösen.

Am 16. Februar findet im Casino-Glaskalon das Kränzchen der Feldwebel und der equipierenden Chargen der Garnison Laibach statt. Der Anfang ist um 8 Uhr. Diese Kränzchen zählen alljährlich zu den schönsten Festen des Carnevals.

(Turner-Kränzchen.) Für das morgen, den 1. Februar, im Casino-Glaskalon stattfindende

Turner-Kränzchen sind die umfassenden Vorbereitungen zum großen Theile schon beendet. Der Salon wurde in äußerst geschmackvoller Weise decoriert, die Seitenwände sind mit weißen und grünen Draperien, die Decke mit weißem Stoff bespannt und reich mit Blumenguirlanden geschmückt. Das Bild des Turnvaters Jahn wurde mit einer Felsendecoration und einer Pflanzengruppe aus exotischen Gewächsen umgeben, und vor derselben wurde auch ein Springbrunnen angebracht. Die decorative Adaptierung des Salons, deren Anordnung der Kneipwart des Vereins, Herr A. Oberl, mit fachverständigem Chit leitete, besorgte die hiesige renommierte Firma J. Mathian. Wie man uns weiters mittheilt, wird von Seite des Comité's auch für die das Kränzchen besuchenden Damen eine reizende Ueberraschung geplant. Die Tanzmusik wird von der Musikkapelle des vaterländischen l. k. 17. Infanterieregiments unter der persönlichen Leitung ihres tüchtigen Kapellmeisters Herrn J. Kemrava besorgt werden, welche die neuesten und beliebtesten Musikstücke zur Aufführung bringen wird.

(Unterstützungsverein für Buchdrucker in Krain.) Auf Grundlage der von der hohen Regierung genehmigten Statuten konstituierte sich gestern dieser Verein und wählte zu Ausschußmitgliedern die Herren Sperling, Raunacher, Zwaß, Träger und Pulko.

(Aus Adelsberg) schreibt man uns: Bei der hiesigen Postsparcasse sind im Jahre 1883 von 545 Einlegern 5136 fl. 70 kr. eingelegt worden. Es kommt daher durchschnittlich auf eine Person der Einleger 9 fl. 42 kr. oder auf die Einwohnerzahl durchschnittlich 2 fl. 85 kr., was ein sehr erfreuliches Zeichen für die Sparbarkeit der hiesigen Bevölkerung ist.

(Landschaftliches Theater.) Vor nahezu ganz leerem Hause spielte sich gestern das seinerzeit preisgekrönte Lustspiel „Durch die Intendanz“ von E. Hente ab, wodurch abermals der Beweis erbracht ist, daß in unserer Stadt bloß die Operette volle Häuser erzielt. Die Darstellung war im ganzen befriedigend, auch das Tempo wurde rascher als gewöhnlich genommen. Herr Pauly erschien als „Commerzienrath“ in einer besonders gut gewählten Maske und gab, sowie die Herren Horak (Walbau), Brandeis (Baron Rottel) und Riedl (Strohberger), seine Rolle sehr verdienstlich. Fr. v. Beck und Fr. Stengel brachten die beiden Mädchenrollen der „Marie“ und der „Edwig“ zur besten Geltung. — Von dem Benefiz des Herrn Pauly ist nachzutragen, daß er einen Lorbeerkranz und vielen Beifall erhielt.

**Neueste Post.**

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 30. Jänner. Se. Majestät der Kaiser spendete für die Familie des Detectivs Blösch fünfhundert, für den Arbeiter Meloun zweihundert und für den un-mittelbaren Ergreifer des Mörders vierhundert Gulden.

Budapest, 30. Jänner. Das vom Finanzausschuß festgestellte Finanzgesetz beziffert das durch eine Creditoperation zu deckende Deficit auf 17 176 659 Gulden.

Algier, 30. Jänner. Man versichert, daß der oberste muhamedanische Kirchenchef von Tripolis ein Circular erließ, in welchem er den Mahdi als falschen Propheten und Abenteurer erklärt und den Muselmanen verbietet, denselben zu unterstützen.

Wien, 30. Jänner. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erledigte in seiner heute abgehaltenen Sitzung den Unterrichtsetat und faßte bei dem Titel „Unterstützungen für wissenschaftliche Unternehmungen und Reisen“ eine Resolution, durch welche die Regierung aufgefordert wird, dem Afrika-Reisenden Dr. Holub aus dem dem Titel „Beiträge“ bewilligten Credite eine ausgiebige Unterstützung angezeihen zu lassen, eventuell zu diesem Zwecke einen Nachtragscredit in Anspruch zu nehmen.

Wien, 30. Jänner. Gestern abends erstattete ein Tagelöhner bei der Polizeibehörde die Anzeige, er sei von zwei Individuen, deren Namen er auch angab, unter der Vorpiegelung, daß sie ihm Arbeit verschaffen würden, zuerst in die Brigittenau, dann auf den Mühlhüttel gelockt worden. An jener Stelle, wo der Polizei-Agent Blösch ermordet wurde, seien die beiden stehen geblieben, jeder von ihnen habe einen Revolver gezogen und ihm mit dem Erschießen gedroht, wenn er aussagen würde, was er gehört habe. Nach diesen Worten entfernten sich nach der Angabe des Tagelöhners die beiden Individuen. Noch im Laufe der Nacht wurden die Betreffenden, deren Namen der Anzeiger angegeben hatte, ausgeforscht und in Verwahrungshaft genommen.

Budapest, 30. Jänner. Das Runtium des Oberhauses in Angelegenheit des Rischche-Gesetzes gelangt morgen im Abgeordnetenhause zur Verhandlung, bei welcher Gelegenheit der bezüglichliche Gesetzentwurf auf Grund einer Vereinbarung der Regierung mit der liberalen Partei durch einen Protokollarbeschluss von der Tagesordnung abgesetzt werden wird. Zugleich wird die Regierung angewiesen werden, inbetreff der Regelung der Ehefrage seinerzeit eine entsprechende Vorlage einzubringen.

**Handel und Volkswirtschaftliches.**

Laibach, 30. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 12 Wagen mit Getreide, 7 Wagen mit Heu und Stroh, 24 Wagen und 1 Schiff mit Holz (14 Cubikmeter).

Durchschnitts-Preise.

	Witt. H.   fr.	Witt. M.   fr.		Witt. H.   fr.	Witt. M.   fr.
Weizen pr. Hektolit.	7 96	8 37	Butter pr. Kilo	—	85
Rorn	5 53	6 10	Eier pr. Stück	—	3
Gerste	4 71	5 43	Milch pr. Liter	—	8
Hafer	3 9	3 16	Rindfleisch pr. Kilo	—	60
Halbfrucht	—	6 60	Kalbsteisch	—	56
Heiden	5 20	6 8	Schweinefleisch	—	52
Hirse	5 53	6 13	Schöpfenfleisch	—	38
Kukuruz	5 60	5 53	Hähnchen pr. Stück	—	50
Erdäpfel 100 Kilo	2 86	—	Tauben	—	18
Linzen pr. Hektolit.	9	—	Heu 100 Kilo	—	2 13
Erbsen	9	—	Stroh	—	1 96
Erbsen	10	—	Holz, hartes, pr. Klafter	—	7 20
Rindschmalz Kilo	—	96	— weiches	—	4 60
Schweinefleisch	—	88	Wein, roth, 100Lit.	—	24
Speck, frisch	—	60	— weißer	—	20
— geräuchert	—	74			

**Angelkommene Fremde.**

Am 29. Jänner.

Hotel Stadt Wien. Sieberath, Reif., Köln a. Rh. — Weinberger, Reif.; Pisko und Willems, Kaufte, Wien. — Heller, Kaufm., Prag. — Elsbacher sammt Frau und Tochter, Küffer. — Petermandl, Custos, Steyr. — Köthel und Braune, Private, Gottschee.  
Hotel Elefant. Suctich, Journalist, und Glück, Kaufm., Wien. — Loser, Kaufm., Prag. — Stecher, Kaufm., Trient. — Wurzbach Eder von Tannenberg, absolv. Hörer der Rechte, Graz.  
Gasthof Südbahnhof. Sterle, Ingenieur, sammt Frau, Wien. — Murn, Graz.  
Kaiser von Oesterreich. Tischl, Uhrmacher, Belbes.  
Sternwarte. Bric, Niederdorf. — Dr. Petnik, Ogulin, Bercatic und Kastelic, Rudolfswert.

**Verstorbene.**

Den 27. Jänner. Alois Stul, Getreidehändlersohn, 19 Monate, Petersstraße Nr. 13, Lungenödem. — August Svančić, Schneidersohn, 5 Mon., Petersstraße Nr. 62, Geclampsie.  
Den 28. Jänner. Valentin Rozina, Inwohner, 78 J., Petersstraße Nr. 5, Altersschwäche.

**Theater.**

Heute (gerader Tag): Einer von unsere deut. Posse mit Gesang in 3 Acten von D. F. Berg. Musik vom Kapellmeister Eduard Stolz.

**Meteorologische Beobachtungen in Laibach.**

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 00 C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
30.	7 U. Mg.	742,16	- 7,0	W. schwach	heiter	
	2 " N.	742,24	+ 5,0	SW. schwach	theilw. heiter	0,00
	9 " Ab.	743,50	+ 2,6	SW. schwach	theilw. heiter	

Herrlicher Morgen, tagsüber ziemlich heiter, intensives Abendroth. Das Tagesmittel der Temperatur + 0,2°, um 1,5° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

Vom unsäglichsten Schmerze gebeugt geben die Unterzeichneten die so sehr betäubende Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefiel, unsere einzige, innigtgeliebte Tochter

**Rosa**

nach langem Leiden heute um halb 5 Uhr früh im 18. Lebensjahre, versehen mit den Tröstungen der heil. Religion, in das bessere Jenseits abzuführen. Das Leidenbegännis findet Freitag, den 1ten Februar d. J., um halb 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause Alter Markt Nr. 9 statt. Die Verbliebene wird dem freundlichsten Andenken empfohlen.

Laibach am 31. Jänner 1884.

Alexander Altenburger, Moisia Altenburger, k. k. Controlor, Eltern.

(401) 36-2

**MATTONI'S**  
**GIESSHÜBLER** reinsten alkalischer  
**SAUERBRUNN**  
bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk  
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- und Blasenkatarrh.  
Heinrich Mattoni, Karlsbad und Wien.

Course an der Wiener Börse vom 30. Jänner 1884. (Nach dem officiellen Coursblatte.)

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market prices. Includes sections for Staats-Anlehen, Eisenbahnen, and Aktien von Transport-Unternehmungen.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 26.

Donnerstag, den 31. Jänner 1884.

(500-1) Kundmachung. Nr. 2927. Wegen Hintangabe der Ausführung der inneren Einrichtung für das neue Gebäude der vereinigten Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in Laibach...

Turnhalle oder auf jene der Einrichtung des Hauptgebäudes, oder auch auf beide zugleich lauten kann, muß ferner der Vor- und Zuname, der Wohnort und Charakter des Offereanten angegeben werden...

(497-1) Concurs-Ausschreibung. Nr. 545. Zur Wiederbesetzung einer in der k. k. Männerstrafanstalt zu Laibach erledigten definitiven Gefangenwacht-Aufsichtsstelle erster Classe mit dem Gehalte jährlich 300 fl. ö. W. und 25 Proc. Activitätszulage...

(506-1) Kundmachung. Nr. 775. Es wird bekannt gemacht, daß der Beginn der Erhebungen zur Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Babendorf auf den 5. Februar l. J. früh 8 Uhr, festgesetzt wird.

Anzeigebblatt.

Antikatarrhalische Salicil-Pastillen, reizstillend, anfeuchtend und schleimlösend, gegen Husten, Heiserkeit, Lungen-, Brust- u. Halsleiden, bestes Präservativmittel gegen Diphtheritis, à Schachtel 20 kr. Gummi-Bonbons und Malz-extract-Pastillen gegen Husten und Heiserkeit, in Schachteln à 10 kr. (4348) 25-19 Apotheke Piccoli „zum Engel“ Laibach, Wienerstrasse. Aufträge werden umgehend per Post gegen Nachnahme effectuirt.

(381-3) Nr. 12 878. Bekanntmachung. Herr Johann Kun von Rudolfswert wurde folgenden Personen, beziehungsweise deren Rechtsnachfolgern, unbekanntem Aufenthalt als Curator ad actum bestellt und demselben die angeführten Tabularbescheide zugestellt, und zwar: Bescheid vom 30. Juli 1883, Zahl 8473, für Anton Prohach von Seitendorf; Bescheid vom 28. Juni 1883, Z. 7263, für Ursula Rotar von Prečna; Bescheid vom 11. Juli 1883, Z. 7801, für Josef Bobner von Birkenleiten; Bescheide vom 5. Juli 1883, Z. 7545, für Maria Plaue und Agnes Rosmann von Obertiefenthal; Bescheid vom 17ten Juli 1883, Z. 8398, für Maria Salic von Sifet; Bescheid vom 2. Juni 1883, Z. 628, für Maria Brudar von Dalnwerch; Bescheid vom 5. Juli 1883, Zahl 7546, für Maria Selko von Cerobe; Bescheide vom 27. Juli 1883, Z. 8399, für Maria und Sylvester Krascob von Dolina; Bescheid vom 13. Juli 1883, Z. 7862, für Jakob Pleško senior von Prapreče; Bescheid vom 3. Juli 1883, Z. 7428, für Johann Luzer von Obersuchadol; Bescheid vom 31. Juli 1883, Z. 8538, für Josef Stufic von Zwan-

dorf; Bescheid vom 27. Juli 1883, Zahl 8398, für Johann Pele von Silberdorf; Bescheid vom 7. Juli 1883, Z. 7656, für Katharina Boglajen von Pöllandl; Bescheid vom 19. Juli 1883, Z. 8087, für Maria Samida von Plösch; Bescheid vom 8. August 1883, Z. 8881, für Anna Floriančić von St. Peter; dann Feilbietungsbescheid vom 14. November 1883, Z. 12598, für Josef Berger von Neuberg und Feilbietungsbescheide vom 17ten November 1883, Z. 12659, für Mathias Honigmann von Töplitz und Katharina Zupancić von Unterthurn. R. l. städt.-deleg. Bezirksgericht Rudolfswert, am 31. Dezember 1883. (312-3) Nr. 169. Bekanntmachung. Dem unbekannt wo befindlichen Franz Klemenc von Jakobowitz und den unbekanntem Rechtsnachfolgern der Johanna und Maria Saller von Laibach wird hiemit bekannt gemacht, daß denselben Herr Carl Puppis von Loitsch als Curator ad actum aufgestellt und diesem die für dieselben bestimmten Realfeilbietungsbescheide ddo. 1. August 1883, Z. 6788, zugefertigt worden sind. R. l. Bezirksgericht Loitsch, am 8ten Jänner 1884.

(413-3) Nr. 251. Bekanntmachung. Den unbekanntem Erben des Tabulargläubigers Johann Tscherne von Gottschee wurde Johann Erker von Gottschee als Curator aufgestellt und demselben der Feilbietungsbescheid vom 2. Dezember 1883, Z. 10066, betreffend die auf Anton Padovac von Pirtsche vergewährte Realität tom. I, fol. 58 ad Kofel, zugestellt. R. l. Bezirksgericht Gottschee, am 13. Jänner 1884. (290-3) Nr. 5. Bekanntmachung. Vom k. k. Bezirksgerichte Littai wird bekannt gemacht: Es sei den unbekanntem Erben und Rechtsnachfolgern der verstorbenen Tabulargläubiger Johann Teraninus, Gertraud Dernobsek und Ursula Upejz unter gleichzeitiger Zustellung des Feilbietungs-Bewilligungsbescheides vom 7. November 1883, Z. 8075, Josef Zupancić, Gemeindevorsteher in Hötsch, zum Curator ad actum bestellt worden. R. l. Bezirksgericht Littai, am 4ten Jänner 1884.